

Ein Vierteljahrhundert Wahlen in Ost und West (1990 bis 2014): regionale Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Hendrik Träger

„Der Osten wählt rot. Klar!“¹ Plakate mit diesem Slogan ließ Die Linke vor der Bundestagswahl 2013 in den neuen Ländern² aufhängen und griff damit das scheinbar gänzlich unterschiedliche Wahlverhalten in Ost und West auf. Diese Vorgehensweise mag auf Kritik³ stoßen, ist aber wahlkampfstrategisch nachvollziehbar. Warum sollte sich eine Partei in ihren Hochburgen nicht anders als in ihren Diasporagebieten präsentieren – und sei es eben, so zu tun, als würde der ganze Osten „rot“, also Die Linke, wählen? Ein ebenso strategisch kluger Schachzug dürfte es für die CDU gewesen sein, dass wenige Monate vor der Wahl Angela Merkels „Ost-Biographie thematisiert“⁴ wurde; so konnten die (Ost-)Deutschen erfahren, dass der DEFA-Klassiker „Die Legende von Paul und Paula“ der Lieblingsfilm der Kanzlerin ist. Es gab also auf mehr oder weniger subtile Art erneut einen „Wahlkampf um den Osten“⁵.

Dass die Ostdeutschen, obgleich sie nur ungefähr ein Fünftel der Wahlberechtigten in Deutschland stellen, durchaus wahlentscheidend sein können, ist keine neue Erkenntnis: Im Bundestagswahlkampf 2005 sorgte Edmund Stoiber (CSU) mit seinen Äußerungen „bei Auftritten in Baden-Württemberg und Bayern über die undankbaren Wähler im Osten (...) für Schlagzeilen“⁶. Drei Jahre zuvor hatten die Ostdeutschen eine Kanzlerschaft des damaligen bayerischen Ministerpräsidenten verhindert: Während die „Wessis (...) Schwarz-Gelb“⁷ gewählt hatten, reichte es für eine Koalition aus CDU, CSU und FDP aufgrund des Votums der Ostdeutschen nicht. Identische Situationen gab es dann auch 2005 und 2013.⁸

- 1 Das Plakat mit diesem Slogan ist downloadbar unter <http://www.die-linke.de/wahlen/archiv/archiv-bundestagswahl-2013/kampagne/themenplakate/> (Abruf am 28. November 2014).
- 2 Der Begriff „die neuen Länder“ mag ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung seltsam, fast anachronistisch wirken, wird in dem vorliegenden Aufsatz aber genutzt, um häufige Wortwiederholungen à la „der Osten“ und „Ostdeutschland“ zu vermeiden.
- 3 Vgl. *Lukasz Szopa*, Klar! Der Osten sieht ROT!, in: der Freitag vom 13. September 2013, <http://www.freitag.de/autoren/lukasz-szopa/klar-der-osten-sieht-rot> (Abruf am 28. November 2014).
- 4 *Richard Hilmer / Stefan Merz*, Die Bundestagswahl vom 22. September 2013: Merkels Meisterstück, in: ZParl, 45. Jg. (2014), H. 1, S. 175 – 206, S. 183.
- 5 *Hans-Georg Golz*, Wahlkampf um den Osten, in: Deutschland-Archiv, 34. Jg. (2001), H. 3, S. 369 – 372, S. 369.
- 6 *Steffen Schoon / Nikolaus Werz*, Die Bundestagswahl 2005 in den neuen Ländern, in: Deutschland-Archiv, 38. Jg. (2005), H. 6, S. 972 – 980, S. 972.
- 7 *Eckhard Jesse*, Wessis wählten Schwarz-Gelb, in: Welt am Sonntag vom 25. September 2005, <http://www.welt.de/print-wams/article132666/Wessis-waelhten-Schwarz-Gelb.html> (Abruf am 28. November 2014). Das Zitat bezieht sich auf die Wahl 2005, trifft allerdings auch auf die Wahl 2002 zu.
- 8 Bei auf das frühere Bundesgebiet und Berlin-West begrenzten Wahlen hätten Union und FDP 2002 (48,4 Prozent), 2005 (47,7 Prozent) und 2013 (47,4 Prozent) in unterschiedlichem Maße mehr Stimmen als SPD und Bündnis 90/Die Grünen (2002: 47,7 Prozent; 2005: 43,9 Prozent) beziehungsweise SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke (2013: 42,2 Prozent) gehabt und damit über eine regierungsfähige Mehrheit verfügt; vgl. Bundeswahlleiter (Hrsg.), Ergebnisse früherer Bundestagswahlen (Stand: 5. Juni 2014), Wiesbaden 2014, S. 18 f.

Die Wähler in den neuen Ländern haben also mittlerweile dreimal die Zusammensetzung der neuen Bundesregierung letztlich determiniert.

Dass es Unterschiede zwischen Ost und West gibt, wird auch daran deutlich, dass Die Linke seit Dezember 2014 mit dem Thüringer Ministerpräsidenten *Bodo Ramelow* erstmals einen Landesregierungschef stellt und bereits vorher als kleiner Koalitionspartner an den Regierungen in Mecklenburg-Vorpommern (1998 bis 2006), Berlin (2002 bis 2011) und Brandenburg (seit 2009) beteiligt wurde, während die Partei im Westen häufig nicht in den Parlamenten vertreten ist. Vor diesem Hintergrund ist es interessant, das Wahlverhalten in Ost und West in der Langzeitperspektive seit 1990 zu analysieren: Welche Unterschiede gibt es heute noch, und bei welchen Aspekten bestehen Gemeinsamkeiten?

1. Wahlen in Ost und West – die Parameter der Analyse

Über das Wahlverhalten in Deutschland wurde bereits intensiv geforscht. Das große Interesse an dem Thema wird allein beim Blick auf die Titel von drei Aufsätzen, die seit der Jahrtausendwende publiziert wurden, deutlich: „Wählt der Osten anders?“⁹, fragte *Karl Schmitt* 2001; nach der Bundestagswahl 2002 widmeten sich *Kai Arzheimer* und *Jürgen W. Falter* der Frage „Ist der Osten wirklich rot?“¹⁰; in die gleiche Richtung ging *Oscar W. Gabriel* 2011 mit seinem Beitrag „Der rote Osten: Ist Ostdeutschland politisch ganz anders?“¹¹.

Die Befunde über das Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschen fielen vor allem in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch sehr unterschiedlich aus: Nach der Bundestagswahl 1990 stellte *Peter Jochen Winters* „im großen und ganzen keine Teilung in Ost und West“¹² fest, während *Hans-Georg Golz* nur vier Jahre später eine „klare Aufteilung der Republik in zwei Wahlgebiete mit scharfen, voneinander abweichenden Konturen“¹³ konstatierte. Das ist trotz aller „westdeutsche[n] Annäherungen“¹⁴, auf die *Eckhard Jesse* hinweist, bis heute der Stand der Dinge. Wie anlässlich der sieben Landtagswahlen im Jahr 2011 analysiert, bestehen „auch 21 Jahre nach der Wiedervereinigung Unterschiede beim Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschland“¹⁵; allerdings ließen sich damals auch regionale Unterschie-

- 9 *Karl Schmitt*, Wählt der Osten anders? Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung, in: *Ulrich Eith / Gerd Mielke* (Hrsg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 96 – 110, S. 96.
- 10 *Kai Arzheimer / Jürgen W. Falter*, Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive, in: *APuZ*, 49-50/2002, S. 27 – 35, S. 27.
- 11 *Oscar W. Gabriel*, Der rote Osten: Ist Ostdeutschland politisch ganz anders?, in: *Evelyn Bytzek / Sigrid Roßteutscher* (Hrsg.), Der unbekannte Wähler. Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt am Main 2011, S. 157 – 176, S. 157.
- 12 *Peter Jochen Winters*, Deutschland nach der Wahl, in: *Deutschland-Archiv*, 23. Jg. (1990), H. 12, S. 1817 – 1819, S. 1817.
- 13 *Hans-Georg Golz*, Der Wechsel fand nicht statt, in: *Deutschland-Archiv*, 27. Jg. (1994), H. 11, S. 1128 – 1134, S. 1131.
- 14 *Eckhard Jesse*, Wahlen und Parteien: Ostdeutsche Spezifika und westdeutsche Annäherungen, in: *Astrid Lorenz* (Hrsg.), Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, Opladen / Berlin / Farmington Hills 2011, S. 99 – 119, S. 99.
- 15 *Hendrik Träger*, Wählt der Osten immer noch anders? Ein Vergleich der Wahlergebnisse des Jahres 2011 in Ost und West, in: *Deutschland-Archiv*, 44. Jg. (2011), H. 4, S. 491 – 499, S. 499.

de innerhalb der beiden Landesteile erkennen. Darauf wiesen bereits sechs Jahre zuvor *Steffen Schoon* und *Nikolaus Werz* hin, die bei der Bundestagswahl 2005 „nicht in erster Linie eine Ost-West-, sondern vielmehr eine Nord-Süd-Spaltung der deutschen Wahlbevölkerung“¹⁶ beobachteten.

Gibt es nun eine „klare Aufteilung der Republik in zwei Wahlgebiete“ (*Hans-Georg Golz*), oder kann nicht (mehr) eindeutig zwischen Ost und West unterschieden werden, weil es auch Differenzen innerhalb der beiden Landesteile – beispielsweise zwischen Nord und Süd – gibt?

Seit der Wiedervereinigung im Oktober 1990 fanden 93 Landtags-, sieben Bundestags- und fünf Europawahlen statt; werden die zwischen Januar und Mai 1990 durchgeführten Urnengänge im Saarland¹⁷ sowie in Niedersachsen¹⁸ und Nordrhein-Westfalen¹⁹, die zumindest teilweise unter dem Eindruck der damals noch bevorstehenden Wiedervereinigung standen, mitberücksichtigt, dann sind es 108 Abstimmungen – davon zwölf auf nationaler und 96 auf regionaler Ebene. Aufgrund dieser Datenlage sollte es möglich sein, sowohl regionale Unterschiede und Gemeinsamkeiten als auch mögliche Veränderungen im Zeitverlauf herauszuarbeiten. Außerdem könnten, sofern vorhanden, Differenzen zwischen den drei Wahlaranen (Landtag, Bundestag, Europäisches Parlament) aufgezeigt werden.

Um die Vielzahl an Wahlen untersuchen zu können, bedarf es eines einheitlichen Analyserasters; angesichts der bisherigen Befunde der Wahlforschung bieten sich dafür die folgenden Parameter an:

- Als ein „Phänomen“²⁰ bezeichnete *Sandra Ketterer* anlässlich der Bundestagswahl 2009 die Differenzen bei der Wahlbeteiligung zwischen Ost und West. Die niedrige Partizipationsrate in den neuen Ländern wird auch als eines der „Symptome für ein Anwachsen der Parteienverdrossenheit“²¹ bezeichnet und deshalb hier als erstes analysiert: Nutz(t)en die Ostdeutschen ihr Wahlrecht wirklich seltener als die Westdeutschen?
- Ein zweiter Punkt betrifft die Ergebnisse der einzelnen Parteien. „Die beiden Volksparteien und die Liberalen wie die Grünen schneiden insgesamt schwächer ab. Hingegen

16 *Steffen Schoon* / *Nikolaus Werz*, Die Bundestagswahl 2005 in den neuen Ländern, in: Deutschland-Archiv, 38. Jg. (2005), H. 6, S. 972 – 980, S. 976.

17 Obgleich auch vom Wahlergebnis im Saarland abhing, ob der dortige Ministerpräsident *Oskar Lafontaine* (SPD) Kanzlerkandidat seiner Partei werden sollte, sei die Wahl, so konstatiert *Eberhard Sandschneider*, kaum von bundespolitischen Themen und der Wiedervereinigungsfrage beeinflusst worden; vgl. *Eberhard Sandschneider*, Die saarländische Landtagswahl vom 28. Januar 1990: Ein Sieg der SPD ohne bundespolitische Signalwirkung, in: ZParl, 21. Jg. (1990), H. 3, S. 418 – 429.

18 In Niedersachsen gelang „*Gerhard Schröder* und der SPD (...) trotz des unionsfreundlichen Bundstrends im Gefolge der Wiedervereinigung“ der Regierungswechsel (*Michael Koß* / *Tim Spier*, Das Parteiensystem Niedersachsens, in: *Uwe Jun* / *Melanie Haas* / *Oskar Niedermayer* (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 291 – 314, S. 305).

19 Die Abstimmung in Nordrhein-Westfalen fand „in dramatischer Zeit“ (*Ursula Feist* / *Hans-Jürgen Hoffmann*, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 13. Mai 1990: in dramatischer Zeit ein Votum der Normalität, in: ZParl, 21. Jg. (1990), H. 3, S. 429 – 449, S. 429) statt und bildete die Stimmung der Westdeutschen im Wiedervereinigungsprozess ab.

20 *Sandra Ketterer*, Zu enttäuscht, zu apathisch oder zu krank für den Urnengang, in: Das Parlament vom 26. Oktober 2009, <http://www.das-parlament.de/2009/44/Themenausgabe/27651459.html> (Abruf am 28. November 2014).

21 *Eckhard Jesse*, Die Landtagswahlen in den neuen Bundesländern 1990 bis 2004, in: Deutschland-Archiv, 37. Jg. (2004), H. 6, S. 952 – 962, S. 958.

sind die rechtsextremen Parteien stärker, wenngleich nicht stark; gleiches gilt für die ‚Sonstigen‘ wegen der schwächeren Parteidentifikation. Vor allem durch die Erfolge der Linken unterscheiden sich die Ergebnisse in beiden Teilen Deutschlands²², erklärte *Eckhard Jesse* mit Blick auf die Wahlen in den neuen Ländern bis 2009. Es scheint also sinnvoll zu sein, sich mit den Stimmenanteilen für (1) CDU respektive CSU und SPD, (2) FDP und Bündnis 90/Die Grünen, (3) Die Linke beziehungsweise deren Vorgängerorganisationen sowie (4) die rechten Parteien (Die Republikaner, DVU, NPD) zu beschäftigen. Für die ersten beiden Gruppen müssten die Ergebnisse im Westen und für die letzten beiden im Osten höher als im jeweils anderen Landesteil sein.

- Drittens wird oft betont, dass die Wähler in den neuen Ländern häufiger bereit seien, ihre Parteienpräferenz zu wechseln. *Oscar W. Gabriel* spricht sogar von einer „Unberechenbarkeit der ostdeutschen Wählerschaft“²³. Allerdings kam es, wie *Eckhard Jesse* betont, in letzter Zeit auch „vermehrt zu volatilen Eruptionen im Westen“²⁴. Für die Berechnung der Volatilität, also der Wechselbereitschaft von Wählern, wird der Pedersen-Index²⁵ genutzt.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Durchschnittswerte für alle Landtagswahlen in Ost beziehungsweise West, die in den Tabellen jeweils im Teil c) abgebildet werden, arithmetische Mittelwerte sind. Eine Gewichtung nach Einwohnerzahlen beziehungsweise Wählerbeständen findet nicht statt. Das mag methodisch ungewöhnlich erscheinen, wird hier aber als vertretbar angesehen, weil es sich bei den einzelnen Landtagswahlen – im Gegensatz zu den bundesweit durchgeführten Bundestags- und Europawahlen – um eigenständige Urnengänge handelt. Würde die Einwohnerzahl berücksichtigt werden, dann würden beispielsweise eine außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung, eine besonders hohe Volatilität und die absolute Mehrheit einer Partei in einem kleinen Bundesland im Kanon der jeweiligen Ländergruppe kaum zu Buche schlagen, obgleich das jeweilige Ergebnis die politische Realität des kleinen Bundeslandes prägen kann. Das gilt insbesondere für die westdeutschen Länder mit ihrer großen Bandbreite zwischen sehr einwohnerarmen (Bremen, Saarland) und sehr einwohnerreichen Ländern (Nordrhein-Westfalen, Bayern).

2. Wahlbeteiligung: nicht immer geringer im Osten

Bezüglich der Partizipation fallen zunächst die aus der Wahlforschung bekannten Unterschiede zwischen den drei Wahlarenen auf: An den Bundestagswahlen beteiligen sich in beiden Landesteilen durchschnittlich etwa drei Viertel der Wahlberechtigten, während es bei den hinsichtlich ihrer Bedeutung nur als nachrangig betrachteten Abstimmungen²⁶

22 *Ders.*, Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in den neuen Bundesländern seit 1990, in: Deutschland-Archiv, 42. Jg. (2009), H. 6, S. 965 – 972, S. 970.

23 *Oscar W. Gabriel*, a.a.O. (Fn. 11), S. 158.

24 *Eckhard Jesse*, a.a.O. (Fn. 14), S. 110. Siehe dazu auch *Hendrik Träger*, a.a.O. (Fn. 15), S. 498.

25 Vgl. *Mogens N. Pedersen*, The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility, in: European Journal of Political Research, 7. Jg. (1979), H. 1, S. 1 – 26.

26 Das so genannte „second-order election“-Modell legten *Karlheinz Reif* und *Hermann Schmitt* nach der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 vor; vgl. *dies.*, Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research, 8. Jg. (1980), H. 1, S. 3 – 44.

zum Europäischen Parlament nicht einmal die Hälfte war und die Landtagswahlen irgendwo dazwischen liegen (vgl. Tabelle 1). Trotz dieser Unterschiede ist allen drei politischen Ebenen das geringer werdende Interesse an den Wahlen gemein, was sich an den – sowohl für den Osten als auch für den Westen – tendenziell rückläufigen Beteiligungsquoten ablesen lässt. Markante Ausnahmen sind hierbei nur die EP-Wahl 2014, die gleichzeitig zur Bundestagswahl 2013 durchgeführte Landtagswahl in Hessen²⁷, die wegen der Proteste gegen das Verkehrsinfrastrukturprojekt „Stuttgart 21“ in einer besonders stark politisierten Situation stattgefundene baden-württembergische Landtagswahl im März 2011²⁸ und der vom Wahlkampf-Comeback des ehemaligen Ministerpräsidenten *Oskar Lafontaine* geprägte Urnengang der Saarländer im August 2009.²⁹

Für die Bundestagswahlen lässt sich die These der stärkeren Abstinenz ostdeutscher Wahlberechtigter in unterschiedlichem Maße – mal ist der Abstand zwischen beiden Landesteilen fast acht Prozentpunkte groß (1994), mal fällt er mit knapp drei Punkten (1998) vernachlässigbar gering aus – bestätigen. Das gilt aber keinesfalls für die Europawahlen, denn hieran beteiligten sich die Ostdeutschen (48,5 Prozent) im langjährigen Durchschnitt sogar häufiger als die Westdeutschen (47,8 Prozent). Dieser allerdings nur sehr geringe Vorsprung ist auf die (außergewöhnlich) hohe Beteiligung an den Wahlen 1994 und 1999 zurückzuführen; seit 2004 liegen die Werte in Ost und West mit einem leichten Vorsprung der alten Länder dicht beieinander (vgl. Tabelle 1).

Ein Grund für die intensive Partizipation der Ostdeutschen in den 1990er Jahren könnte die Gleichzeitigkeit von Kommunal- und Europawahlen sein, die zu „Synergieeffekten“ geführt haben dürfte. Allerdings wurde in den neuen Ländern bis einschließlich 2014 am Tag der Europawahl über die Zusammensetzung der Stadt- und Gemeinderäte entschieden, so dass ein so deutlicher Rückgang der Wahlbeteiligung nicht mit den Wahlterminen erklärt werden kann. Deshalb ist zu vermuten, dass die Ostdeutschen – anders als in den 1990er Jahren – nur noch ein geringes Interesse an der kommunalen Ebene und an Europa haben.

Ähnliches lässt sich bezüglich der Landespolitik konstatieren: In den letzten zehn Jahren wurden für einige Landtagswahlen in Ostdeutschland nachdenklich stimmende Negativrekorde registriert. In Sachsen-Anhalt zogen es 2006 fast 56 Prozent der Bürger vor, von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch zu machen. Ebenfalls weniger als die Hälfte beteiligte sich 2014 an den Wahlen in Brandenburg (47,9 Prozent) und Sachsen (49,2 Prozent). Demgegenüber sind für den Westen bisher noch keine Werte unterhalb der Fünfzig-Prozent-Marke zu verzeichnen. Allerdings gingen in den alten Ländern bei 13 von insgesamt 60 Abstimmungen weniger als 60 Prozent ins Wahllokal; im Osten trifft dies aber sogar auf 17 von 30 Wahlen zu (vgl. Tabelle A1 im Anhang).

Das bestätigt die These, Ostdeutsche würden seltener wählen gehen. Jedoch sind auch deutlich höhere Partizipationsquoten möglich; das betrifft zum einen die in der besonderen

27 Vgl. *Thorsten Faas*, Die hessische Landtagswahl vom 22. September 2013: Schwarz-grüne „hessische Verhältnisse“, in: ZParl, 45. Jg. (2014), H. 2, S. 349 – 365, S. 355.

28 Vgl. *Dieter Roth*, Baden-Württemberg 2011: Was entschied die Wahl?, in: *Uwe Wagschal / Ulrich Eith / Michael Webner* (Hrsg.), Der historische Machtwechsel: Grün-Rot in Baden-Württemberg, Baden-Baden 2013, S. 15 – 29, S. 26 ff.

29 Vgl. *Jürgen R. Winkler*, Die saarländische Landtagswahl vom 30. August 2009: Auf dem Weg nach Jamaika, in: ZParl, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 339 – 356.

Situation des Wiedervereinigungsprozesses durchgeführten Landtagswahlen im Oktober 1990 und zum anderen – wie auch im Westen (Saarland 1994, Schleswig-Holstein 2009, Hessen 2013) und in Berlin (1990) – die Urnengänge in Brandenburg (2009), Mecklenburg-Vorpommern (1994, 1998, 2002) und Thüringen (1994), die am Tag einer Bundestagswahl stattfanden. Wie das Beispiel Thüringens 2004 zeigt, sind aber keine Effekte erkennbar, wenn am Tag einer EP-Wahl auch über das Landesparlament abgestimmt wird. Es scheint so, als würden die Ostdeutschen nur unter bestimmten Voraussetzungen in Massen zu den Wahllokalen strömen – insbesondere dann, wenn ein Wahlkampf auf der Bundesebene seine (zusätzliche) mobilisierende Wirkung entfaltet; in einer solchen Konstellation wird dann – eher beiläufig – ein neuer Landtag gewählt.

Tabelle 1: Wahlbeteiligung (in Prozent)

a) Bundestagswahlen (1990 bis 2013)			
Jahr	„früheres Bundesgebiet“	„neue Länder“ und Berlin-Ost	bundesweit
1990	78,6	74,5	77,8
1994	80,5	72,6	79,0
1998	82,8	80,0	82,2
2002	80,6	72,8	79,1
2005	78,5	74,3	77,7
2009	72,2	64,7	70,8
2013	72,4	67,6	71,5
Ø	77,9	72,4	76,9
b) Europawahlen (1990 bis 2014)			
Jahr	„früheres Bundesgebiet“	„neue Länder“ und Berlin-Ost	bundesweit
1994	59,3	63,0	60,0
1999	44,5	47,8	45,2
2004	43,2	42,2	43,0
2009	43,5	42,1	43,3
2014	48,3	47,3	48,1
Ø	47,8	48,5	47,9
c) Landtagswahlen (Durchschnitt für 1990 bis 2014)			
Ostdeutsche Länder		Westdeutsche Länder	
Brandenburg	58,2	Baden-Württemberg	64,0
Mecklenburg-Vorpommern	66,4	Bayern	63,7
Sachsen	58,9	Bremen	62,5
Sachsen-Anhalt	57,3	Hamburg	66,4
Thüringen	61,5	Hessen	66,7
		Niedersachsen	67,6
Berlin	67,0	Nordrhein-Westfalen	62,4
		Rheinland-Pfalz	65,4
		Saarland	70,0
		Schleswig-Holstein	68,9
Ø Ost (ohne Berlin)	60,5		
Ø Ost (mit Berlin)	61,6	Ø West	65,8
Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Bundes- und der Landeswahlleiter.			

Trotz aller Differenzen zwischen Ost und West ist es nicht so, dass die Länder in zwei Gruppen – der Westen mit hoher und der Osten mit niedriger Beteiligung – eingeteilt werden können. Wie anhand des langjährigen Mittels deutlich wird, trifft es keineswegs zu, dass in Nordrhein-Westfalen als dem westdeutschen Land mit der niedrigsten Partizipationsquote (62,4 Prozent) mehr Bürger an die Urnen gehen würden als in Mecklenburg-Vorpommern, dem ostdeutschen Land mit den aktivsten Wahlberechtigten (66,4 Prozent). Selbst wenn Mecklenburg-Vorpommern wegen der drei gleichzeitig zu einer Bundestagswahl durchgeführten Landtagswahlen nicht berücksichtigt wird, bleibt zu konstatieren, dass Nordrhein-Westfalen, Bremen (62,5 Prozent) und Bayern (63,7 Prozent) im Westen sowie Thüringen (61,5 Prozent), Sachsen (58,9 Prozent) und Brandenburg (58,2 Prozent) im Osten noch vergleichsweise nahe beieinander liegen (vgl. Tabelle 1), während das Saarland mit 70,0 Prozent Spitzenreiter ist. Aber auch in den alten Ländern sind die Bürger offenbar nicht mehr so wahlfreudig wie früher.

3. Die einzelnen Parteien

3.1. Union und SPD: schwächer werdende Ergebnisse im Osten

Für CDU beziehungsweise CSU und SPD als den beiden großen Volksparteien, denen seit einiger Zeit wahlweise „massive Mobilisierungsprobleme“³⁰, ein „Niedergang“³¹ oder sogar ein „Absturz“³² attestiert werden, lassen sich sowohl im Osten als auch im Westen tendenziell beträchtliche Stimmenverluste konstatieren. Mit Ausnahme der Bundestagswahl 2013, als die Unionsparteien erstmals seit 1994 wieder mit Werten oberhalb der 40-Prozent-Marke reüssierten, konnten Christdemokraten beziehungsweise -soziale und Sozialdemokraten in den letzten Jahren bei keiner Wahl auf nationaler Ebene so gute Ergebnisse wie in den 1990er Jahren erreichen (vgl. Tabelle 2). Das ist ein Beleg für die schon häufig festgestellte schwindende Bindekraft der beiden großen Volksparteien.

Dieses Phänomen lässt sich besonders in Ostdeutschland beobachten: Während bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 noch ungefähr zwei Drittel der Wähler für CDU oder SPD votiert haben, war es 2009 nicht einmal mehr die Hälfte (47,7 Prozent). In diesem Bereich liegen bereits seit 2004 die Werte für die Europawahlen; 2009 wurde mit 46,1 Prozent der bisherige Tiefpunkt erreicht. Damals stimmten aber auch im Westen nur 58,7 Prozent für eine der beiden großen Volksparteien; sonst entschieden sich bei bundesweiten Wahlen mindestens sechs, meistens sogar sieben von zehn Wählern in den alten Ländern für CDU, CSU oder SPD (vgl. Tabelle 2).

30 Ulrich Eith, Volksparteien unter Druck. Koalitionsoptionen, Integrationsfähigkeit und Kommunikationsstrategien nach der Übergangswahl 2009, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2009. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden 2010, S. 117 – 129, S. 117.

31 Peter Matuschek / Manfred Güllner, Volksparteien ohne Volk: Der Niedergang von Union und SPD auf dem Wählermarkt, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009, Wiesbaden 2011, S. 221 – 235, S. 221.

32 Manuela S. Kulick, Absturz der Volksparteien. Eine Analyse der loyalen und ehemaligen Wählerschaft von CDU und SPD im Vergleich, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 31), S. 199 – 219, S. 199.

Geradezu verheerend entwickelte sich die Situation in Ostdeutschland für die SPD: Im langjährigen Mittel votierte – je nach politischer Ebene – nur etwa ein Fünftel (Europa) bis ein reichliches Viertel (Bund) der Wähler in den neuen Ländern für die Sozialdemokraten; historische Tiefpunkte wurden bei den letzten beiden Bundestags- und bei den letzten drei EP-Wahlen erreicht. Bei den Landtagswahlen gab es teilweise noch schlechtere, geradezu desaströse Ergebnisse; erinnert sei an die sächsische SPD, auf die dreimal (1999, 2004, 2009) nur ungefähr ein Zehntel der Stimmen entfiel.

Dass das Potenzial der Sozialdemokraten in Sachsen – unter äußerst günstigen Voraussetzungen – deutlich größer sein kann, wird am Beispiel der Bundestagswahl 2002 deutlich. Damals lag die SPD mit 33,3 Prozent nur knapp hinter der CDU (33,6 Prozent)³³; in den fünf neuen Ländern und Ost-Berlin war der Stimmenanteil mit 39,7 Prozent sogar größer als im Westen. Diese Situation ist einmalig und insbesondere auf das Engagement des damaligen Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* bei der „Jahrhundertflut“ an Elbe und Mulde sowie auf das schlechte Image des Kanzlerkandidaten der Unionsparteien, des bayrischen Ministerpräsidenten *Edmund Stoiber*, in Ostdeutschland zurückzuführen.³⁴

Mit Ausnahme der Bundestagswahl 2002 lässt sich also für alle bundesweiten Wahlen die These bestätigen, wonach auf die beiden großen Volksparteien – insbesondere die SPD – in den neuen Ländern weniger Stimmen entfallen als in den alten. Gleiches stimmt zumindest im langjährigen Mittel für die Landtagswahlen: Während im Westen fast drei Viertel der Wähler (74,5 Prozent) für CDU, CSU oder SPD votierten, taten das im Osten nicht einmal zwei Drittel (61,5 Prozent). Besonders schwach sind die Ergebnisse in den letzten Jahren, denn wie bei den Bundestagswahlen konnten CDU und SPD in den neuen Ländern zunächst zwischen zwei Drittel und drei Viertel der Stimmen auf sich vereinen; aber seit 2004 erreichten sie bei neun Abstimmungen – dreimal in Sachsen (2004, 2009, 2014) sowie jeweils zweimal in Berlin (2006, 2011), Brandenburg (2004, 2009) und Thüringen (2009, 2014) – nur etwas mehr als die Hälfte der Stimmen oder sogar noch weniger. Mit 45,9 Prozent war 2014 in Thüringen der schlechteste Wert für die beiden Volksparteien zu verbuchen (vgl. Tabelle A2 im Anhang).

Allerdings darf nicht vergessen werden, dass sowohl die Christdemokraten als auch die Sozialdemokraten ihre besten Landtagswahlergebnisse seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland erzielten: Für die SPD entschieden sich 1994 in Brandenburg 54,1 Prozent; ähnlich hoch war das Resultat bereits im Januar 1990 im Saarland (54,4 Prozent). Die CDU schaffte die absolute Mehrheit sogar dreimal in Sachsen (1990, 1994, 1999) und einmal in Thüringen (1999), wohingegen im Westen nirgendwo mehr als jeder zweite Wähler für die Partei stimmte.³⁵ Mit ihren 58,1 Prozent aus dem Jahr 1994 hält die „Sächsische Union“ bis heute – und wohl auch auf absehbare Zeit – den Rekord der gesamten CDU-Geschichte. Diese außergewöhnlich hohen Stimmenanteile sind der „Ausstrahlungskraft der Ministerpräsidenten“³⁶ – also von *Manfred Stolpe* in Brandenburg, *Kurt Bieden-*

33 Vgl. Bundeswahlleiter, a.a.O. (Fn. 8), S. 15.

34 Vgl. *Dieter Roth / Matthias Jung*, Ablösung der Regierung vertagt: Eine Analyse der Bundestagswahl 2002, in: APuZ, 50. Jg. (2002), B 49/50, S. 3 – 17, S. 12 ff.

35 Für die CSU votierte bei vier von sechs Landtagswahlen im Untersuchungszeitraum mehr als die Hälfte der Wähler; aber seit 2008 liegen auch die Christsozialen unterhalb der Fünfzig-Prozent-Marke.

36 *Ilse Spittmann*, Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen, in: Deutschland-Archiv, 27. Jg. (1994), H. 10, S. 1012 – 1014, S. 1012.

kopf in Sachsen und *Bernhard Vogel* in Thüringen – zu verdanken und verdeutlichen das Potenzial von SPD und CDU in Ostdeutschland, wenn die Amtsinhaber als Landesväter die Bürger überzeugen. Aber genau das gelang den Ministerpräsidenten seit der Jahrtausendwende offensichtlich nicht mehr so wie ihren Vorgängern.

Tabelle 2: Wahlergebnisse von CDU/CSU und SPD (in Prozent)

a) Bundestagswahlen (1990 bis 2013)									
Jahr	„früheres Bundesgebiet“			„neue Länder“ und Berlin-Ost			bundesweit		
	Union	SPD	zusam- men	Union	SPD	zusam- men	Union	SPD	zusam- men
1990	44,3	35,7	80,0	41,8	24,3	66,1	43,8	33,5	77,3
1994	42,1	37,5	79,6	38,5	31,5	70,0	41,5	36,4	77,9
1998	37,1	42,3	79,4	27,3	35,1	62,4	35,1	40,9	76,0
2002	40,8	38,3	79,1	28,3	39,7	68,0	38,5	38,5	77,0
2005	37,5	35,1	72,6	25,3	30,4	55,7	35,2	34,2	69,4
2009	34,6	24,1	58,7	29,8	17,9	47,7	33,8	23,0	56,8
2013	42,2	27,4	69,6	38,5	17,9	56,4	41,5	25,7	67,2
Ø	39,8	34,3	74,1	32,8	28,1	60,9	38,5	33,2	71,7
b) Europawahlen (1990 bis 2014)									
Jahr	„früheres Bundesgebiet“			„neue Länder“ und Berlin-Ost			bundesweit		
	Union	SPD	zusam- men	Union	SPD	zusam- men	Union	SPD	zusam- men
1994	40,3	33,9	74,2	32,9	25,3	58,2	38,8	32,2	71,0
1999	50,7	32,6	83,3	40,6	23,6	64,2	48,7	30,7	79,4
2004	46,9	22,9	69,8	34,2	15,6	49,8	44,5	21,5	66,0
2009	39,6	21,9	61,5	30,2	15,9	46,1	37,9	20,8	58,7
2014	36,5	28,9	65,4	30,1	20,1	50,2	35,3	27,3	62,6
Ø	42,8	28,0	70,8	33,6	20,1	53,7	41,0	26,5	67,5
c) Landtagswahlen (Durchschnitt für 1990 bis 2014)									
Ostdeutsche Länder	Union	SPD	zusam- men	Westdeutsche Länder	Union	SPD	zusam- men		
Brandenburg	22,8	38,1	60,9	Baden- Württemberg	41,8	27,2	69,0		
Mecklenburg- Vorpommern	31,6	32,9	64,5	Bayern	52,1	23,9	76,0		
Sachsen	48,3	13,2	61,5	Bremen	29,4	38,7	68,1		
Sachsen-Anhalt	33,6	26,5	60,1	Hamburg	32,7	39,2	71,9		
Thüringen	41,1	19,4	60,5	Hessen	40,6	34,1	74,7		
Berlin	31,2	27,5	58,7	Niedersachsen	40,2	38,8	79,0		
				Nordrhein- Westfalen	36,2	41,6	77,8		
				Rheinland-Pfalz	36,1	42,1	78,2		
				Saarland	39,1	39,0	78,1		
				Schleswig- Holstein	34,8	37,3	72,1		
Ø Ost (ohne Berlin)	35,5	26,0	61,5						
Ø Ost (mit Berlin)	34,8	26,3	61,0	Ø West	38,3	36,2	74,5		
Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Bundes- und der Landeswahlleiter.									

Mit Blick auf die Durchschnittswerte aller Landtagswahlen seit 1990 lassen sich die Länder – anders als bei der Wahlbeteiligung – eindeutig in zwei Gruppen teilen: Selbst in Bremen als dem westdeutschen Land mit dem geringsten Stimmenanteil (68,1 Prozent) votierten mehr Wähler für eine der beiden Volksparteien als in Mecklenburg-Vorpommern als dem ostdeutschen Land mit dem größten Stimmenanteil (64,5 Prozent). Das verdeutlicht – von den oben beschriebenen Beispielen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen abgesehen – die Schwäche von Christdemokraten und Sozialdemokraten in Ostdeutschland (vgl. Tabelle 2). Allerdings gibt es auch im Westen Regionen, in denen entweder die CDU (zum Beispiel in Bremen) oder die SPD (vor allem in Bayern) phasenweise weit von den zu erwartenden Ergebnissen einer Volkspartei entfernt ist.

3.2. FDP und Grüne: ostdeutsche Diaspora

Noch stärker als bei Union und SPD fallen die Unterschiede zwischen Ost und West bei FDP und Bündnis 90/Die Grünen aus: Mit Ausnahme der Bundestagswahl 1990 erzielten Liberale und Bündnisgrüne bei allen bundesweiten Wahlen in den neuen Ländern unterdurchschnittliche Ergebnisse; diese lagen ab Mitte der 1990er zehn Jahre lang meistens sogar unterhalb der Fünf-Prozent-Marke. Das betrifft die Liberalen in stärkerem Maße als die Grünen, denn für erstere stimmte siebenmal – bei drei von sieben Bundestags- und bei vier von fünf Europawahlen – nicht einmal jeder zwanzigste Ostdeutsche; für letztere trifft das nur viermal zu. Im Westen erhielten die Grünen nur einmal – bei der Bundestagswahl 1990 – und die FDP bei drei Europawahlen weniger als fünf Prozent der Stimmen (vgl. Tabelle 3).

Die Anteile für FDP und Bündnis 90/Die Grünen waren in Ostdeutschland nicht nur bei elf von zwölf auf nationaler Ebene durchgeführten Wahlen unterdurchschnittlich, sondern schwankten dort auch am stärksten: Die einzige Ausnahme sind hier die Bündnisgrünen bei den Bundestagswahlen mit Ergebnissen zwischen 4,8 und 11,5 Prozent im Westen und vergleichsweise stabilen, aber auf erheblich niedrigerem Niveau liegenden Resultaten zwischen 4,1 und 6,8 Prozent im Osten. Besonders eindrucksvoll ist die Bandbreite für die Liberalen bei den Bundestagswahlen in den neuen Ländern, denn dort pendelte die Partei zwischen dem Bereich einer Splittergruppe (2013: 2,7 Prozent) und dem einer mittelgroßen Partei (1990: 12,9 Prozent); auf die beiden zweistelligen Ergebnisse (1990, 2009) folgte jeweils ein dramatischer Absturz. Letzteres gilt jedoch auch für die FDP im Westen, wie anhand der Bundestagswahl 2013 und der Europawahl 2014 gezeigt werden kann (vgl. Tabelle 3).

Beide Parteien müssen also im Osten stärker als im Westen jedes Mal von Neuem um Wähler kämpfen. Ihr Stammwählerpotenzial ist, sofern bei der FDP überhaupt davon gesprochen werden kann, nur (fast vernachlässigbar) gering. Das wird auf Landesebene noch deutlicher als bei den bundesweiten Wahlen: Konnten die Liberalen 1990 aufgrund der Popularität des aus Halle/Saale stammenden Außenministers vom „Genscher-Effekt“³⁷ profitieren und in Sachsen-Anhalt 13,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, sanken ihre

37 Zum Einfluss *Hans-Dietrich Genschers* in den Wahlkämpfen des Jahres 1990 siehe unter anderem *Hendrik Träger*, Die ostdeutschen Landesverbände in den Bundesparteien. Personelle, inhaltlich-programmatische und finanzielle Beziehungen (1990 – 2007), Frankfurt am Main u.a. 2011, S. 89 ff.

Tabelle 3: Wahlergebnisse von FDP und Bündnis 90/Die Grünen (in Prozent)

a) Bundestagswahlen (1990 bis 2013)									
Jahr	„früheres Bundesgebiet“			„neue Länder“ und Berlin-Ost			bundesweit		
	FDP	Grüne	zusammen	FDP	Grüne	zusammen	FDP	Grüne	zusammen
1990	10,6	4,8	15,4	12,9	6,2	19,1	11,0	5,1	16,1
1994	7,7	7,9	15,6	3,5	4,3	7,8	6,9	7,3	14,2
1998	7,0	7,3	14,3	3,3	4,1	7,4	6,2	6,7	12,9
2002	7,6	9,4	17,0	6,4	4,7	11,1	7,4	8,6	16,0
2005	10,2	8,8	19,0	8,0	5,2	13,2	9,8	8,1	17,9
2009	15,4	11,5	26,9	10,6	6,8	17,4	14,6	10,7	25,3
2013	5,2	9,2	14,4	2,7	5,1	7,8	4,8	8,4	13,2
Ø	9,1	8,4	17,5	6,8	5,2	12,0	8,7	7,8	16,5
b) Europawahlen (1990 bis 2014)									
Jahr	„früheres Bundesgebiet“			„neue Länder“ und Berlin-Ost			Bundesweit		
	FDP	Grüne	zusammen	FDP	Grüne	zusammen	FDP	Grüne	zusammen
1994	4,2	11,2	15,4	3,6	5,8	9,4	4,1	10,1	14,2
1999	3,3	7,4	10,7	2,2	2,9	5,1	3,0	6,4	9,4
2004	6,4	13,2	19,6	4,7	6,6	11,3	6,1	11,9	18,0
2009	11,5	13,2	24,7	8,4	7,3	15,7	11,0	12,1	23,1
2014	3,6	11,6	15,2	2,3	6,4	8,7	3,4	10,7	14,1
Ø	5,8	11,3	17,1	4,2	5,8	10,0	5,5	10,2	15,8
c) Landtagswahlen (Durchschnitt für 1990 bis 2014)									
Ostdeutsche Länder	FDP	Grüne	zusammen	Westdeutsche Länder	FDP	Grüne	zusammen		
Brandenburg	3,8	4,9	8,7	Baden-Württemberg	7,9	13,0	20,9		
Mecklenburg-Vorpommern	4,7	4,6	9,3	Bayern	3,9	7,3	11,2		
Sachsen	4,6	4,9	9,6	Bremen	4,7	14,2	18,9		
Sachsen-Anhalt	7,5	4,4	11,9	Hamburg	4,6	10,9	15,5		
Thüringen	4,6	4,9	9,4	Hessen	8,3	9,9	18,2		
				Niedersachsen	6,9	8,2	15,1		
Berlin	5,2	12,0	17,2	Nordrhein-Westfalen	6,9	8,6	15,5		
				Rheinland-Pfalz	7,2	7,7	14,9		
				Saarland	4,3	4,6	8,9		
				Schleswig-Holstein	8,1	8,5	16,6		
Ø Ost (ohne Berlin)	5,0	4,7	9,8						
Ø Ost (mit Berlin)	5,1	6,0	11,7	Ø West	6,3	9,2	15,6		
Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Bundes- und der Landeswahlleiter.									

Wähleranteile danach erheblich, wobei 1999 mit 1,1 Prozent in Sachsen und Thüringen – wenngleich nur denkbar knapp vor dem Saarland (2012: 1,2 Prozent) liegend – die schlechtesten Ergebnisse des gesamten Untersuchungszeitraumes zu verzeichnen waren. So tief fielen zu keinem Zeitpunkt die Bündnisgrünen – was für ein etwas größeres Stammwählerpotenzial als bei der FDP spricht. Trotzdem erzielten die Liberalen dreimal – bei zwei Wahlen in Sachsen-Anhalt (1990: 13,5 Prozent; 2002: 13,3 Prozent) und bei der

sächsischen Landtagswahl 2009 (10,0 Prozent) – zweistellige Ergebnisse, was den Grünen in den neuen Ländern bisher nicht gelang. Demgegenüber sind im Westen Stimmenanteile von mehr als zehn beziehungsweise im Falle der Grünen sogar von mehr als 20 Prozent keine Seltenheit.

Die Unterschiede zwischen beiden Landesteilen sind also ziemlich klar: Während in Baden-Württemberg (20,9 Prozent) im Durchschnitt mehr als jeder fünfte Wähler für FDP oder Bündnis 90/Die Grünen stimmte, und es in Bremen (18,9 Prozent), Hessen (17,7 Prozent) und Schleswig-Holstein (16,6 Prozent) ebenso wie in Berlin (17,2 Prozent) immerhin jeder sechste war, trifft dies im Osten nur auf ungefähr jeden zehnten (9,8 Prozent) zu, wobei die Bandbreite mit Brandenburg (8,7 Prozent) und Sachsen-Anhalt (11,9 Prozent) als den beiden Extremen recht klein ist. Im Bereich der neuen Länder liegen auch Bayern (11,2 Prozent) und das Saarland (8,9 Prozent) als die beiden Ausreißer im Westen (vgl. Tabelle 3).

Insgesamt lässt sich eine Schwäche von Liberalen und Bündnisgrünen in Ostdeutschland feststellen. Dies wird anhand der Häufigkeit des außerparlamentarischen Daseins auf Landesebene besonders deutlich: Während die FDP es bei knapp einem Drittel der Wahlen im Westen und bei drei der sechs Berliner Abgeordnetenhauswahlen nicht in das jeweilige Landesparlament schaffte, scheiterte sie im Osten bei 18 von 30 Wahlen an der Fünf-Prozent-Hürde. Für Bündnis 90/Die Grünen trifft das immerhin auf 16 Urnengänge zu; im Westen gab es hingegen nur drei Fälle. Insgesamt können die neuen Länder als Diaspora der Liberalen und der Bündnisgrünen bezeichnet werden.

3.3. Die Linke: ostdeutsche Regionalpartei mit seltenen Erfolgen im Westen³⁸

Genau umgekehrt verhält es sich bei der Linken beziehungsweise ihren Vorgängerparteien. Das lässt sich wiederum besonders gut anhand der außerparlamentarischen Wahlperioden auf Landesebene deutlich machen: Während die Linksozialisten bei nahezu kontinuierlich steigenden Stimmenanteilen seit 1990 immer in den ostdeutschen Landtagen und im Berliner Abgeordnetenhaus vertreten sind sowie seit Mitte der 1990er Jahre an Regierungen beteiligt sind oder diese zumindest duldeten, war die PDS in den alten Ländern, sofern sie dort überhaupt bei Wahlen antrat, „eine Null-Komma-Partei“³⁹. Erst der Linken gelang zwischen 2007 und 2011 zehnmal der Einzug in westdeutsche Landesparlamente, darunter jeweils zweimal in Bremen, Hamburg und Hessen. Allerdings musste die Partei seit 2012 wieder aus mehreren Landtagen ausscheiden, so dass sie gegenwärtig in sechs der zehn westdeutschen Länder außerparlamentarisch ist.

Im langfristigen Mittel der Landtagswahlen rangiert die Linke mit Ausnahme des Saarlandes, wo *Oskar Lafontaine* seiner Partei bis dahin nur aus Ostdeutschland bekannte Ergebnisse bescherte (vgl. Tabelle A4 im Anhang), überall im Westen deutlich unterhalb der Fünf-Prozent-Marke. Im Osten sind die Ergebnisse hingegen um ein Vielfaches höher,

38 Für eine detaillierte Analyse der Wahlergebnisse der Linksozialisten siehe *Torsten Oppeland / Hendrik Träger*, Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden 2014, S. 184 ff.

39 *Heinrich Bortfeldt*, Die Ostdeutschen und die PDS, in: Deutschland-Archiv, 27. Jg. (1994), H. 12, S. 1283 – 1287, S. 1284.

Tabelle 4: Wahlergebnisse von PDS, Linkspartei beziehungsweise Die Linke (in Prozent)

a) Bundestagswahlen (1990 bis 2013)			
Jahr	„früheres Bundesgebiet“	„neue Länder“ und Berlin-Ost	bundesweit
1990	0,3	11,1	2,4
1994	1,0	19,8	4,4
1998	1,2	21,6	5,1
2002	1,1	16,9	4,0
2005	4,9	25,3	8,7
2009	8,3	28,5	11,9
2013	5,6	22,7	8,6
Ø	3,2	20,8	6,4
b) Europawahlen (1990 bis 2014)			
Jahr	„früheres Bundesgebiet“	„neue Länder“ und Berlin-Ost	bundesweit
1994	0,6	20,6	4,7
1999	1,3	23,0	5,8
2004	1,7	25,2	6,1
2009	3,9	23,2	7,5
2014	4,5	20,6	7,4
Ø	2,4	22,5	6,3
c) Landtagswahlen (Durchschnitt für 1990 bis 2014)			
Ostdeutsche Länder		Westdeutsche Länder	
Brandenburg	21,5	Baden-Württemberg	0,6
Mecklenburg-Vorpommern	19,1	Bayern	1,1
Sachsen	18,7	Bremen	3,5
Sachsen-Anhalt	20,0	Hamburg	2,1
Thüringen	21,6	Hessen	2,2
		Niedersachsen	2,1
Berlin	14,9	Nordrhein-Westfalen	2,0
		Rheinland-Pfalz	0,6
		Saarland	8,1
		Schleswig-Holstein	1,8
Ø Ost (ohne Berlin)	20,2		
Ø Ost (mit Berlin)	19,3	Ø West	2,4
Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Bundes- und der Landeswahlleiter.			

denn dort konnte die Partei, die sich teilweise „als ostdeutsche Bürgerrechtspartei“⁴⁰ geriert, durchschnittlich jeden fünften Wähler von sich überzeugen (vgl. Tabelle 4) und ist damit eine einflussreiche politische Kraft. Bereits seit der Jahrtausendwende ist die Linke teilweise zweitstärkste Partei. Seit 2014 stellt sie in Thüringen sogar den Ministerpräsidenten – was rechnerisch auch in Sachsen-Anhalt möglich wäre.

40 Hans-Georg Golz, Halbzeit im „Superwahljahr“, in: Deutschland-Archiv, 27. Jg. (1994), H. 7, S. 675 – 679, S. 675.

Die erheblichen Unterschiede zwischen beiden Landesteilen sind auch bei den bundesweit durchgeführten Wahlen zu beobachten: Bei den Europawahlen rangierten die Linksozialisten im Westen zwischen 0,6 und 4,9 Prozent, während sie im Osten von mindestens jedem fünften Wähler die Stimme erhielten, so dass die Partei seit 1999 bundesweit oberhalb von fünf Prozent lag und in das Europäische Parlament einziehen konnte. Auch in den Bundestag schaffte es die PDS beziehungsweise die Linkspartei (2005) nur aufgrund der weit überdurchschnittlichen Stimmenanteile im Osten; diese übertrafen die Ergebnisse im Westen um das Dreieinhalb- bis 37-fache. An diesen Werten wird besonders eindrücklich deutlich, wie stark die Diskrepanz zwischen alten und neuen Ländern ist (vgl. Tabelle 4).

3.4. Die rechten Parteien: einzelne Wahlerfolge in Ost und West

So klare Unterschiede zwischen den Regionen lassen sich für die Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums nicht feststellen. Zwar schaffte es die NPD viermal (Sachsen 2004, 2009; Mecklenburg-Vorpommern 2006, 2011) und die DVU dreimal (Sachsen-Anhalt 1998; Brandenburg 1999, 2004) in ostdeutsche Landtage, was – insbesondere durch den unmittelbaren Wiedereinzug in drei Ländern – zu einer besonderen medialen Aufmerksamkeit führte. Aber auch im Westen waren seit der Wiedervereinigung mit den Republikanern in Baden-Württemberg (1992 bis 2001) und der DVU in Bremen (1991 bis 1995, 1999 bis 2011)⁴¹ rechtsextreme beziehungsweise -populistische Parteien zwei beziehungsweise drei Wahlperioden lang in den Parlamenten vertreten. Im langjährigen Mittel der Landtagswahlen schnitten die rechten Parteien in Baden-Württemberg (6,2 Prozent) am besten ab, und Bayern rangiert mit 3,2 Prozent vor Thüringen (3,0 Prozent) als dem ostdeutschen Bundesland mit dem niedrigsten Stimmenanteil rechter Parteien. Außerdem erreichten sowohl die baden-württembergischen Republikaner (1992) als auch die sachsen-anhaltische DVU (1998) zweistellige Ergebnisse. Das sollte ebenso wenig wie die relativen Wahlerfolge der NPD im Westen Ende der 1960er Jahre und der Republikaner 1989 in West-Berlin vergessen werden, wenn mit Blick auf die Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien in den neuen Ländern behauptet wird, „der‘ Osten‘ sei offenkundig „bisher nicht demokratisch voll konsolidiert“⁴² oder dass „die Hemmschwelle zur ‚irrationalen‘ Wahl mangels subjektiv wahrgenommener Bedeutsamkeit sinkt“⁴³.

Ebenso wenig lässt sich für die bundesweit durchgeführten Wahlen konstatieren, dass nur der Osten „rechts“ wählen würde. Zwar sind die Ergebnisse der rechten Parteien seit Ende der 1990er Jahre in den neuen Bundesländern höher als in den alten, aber bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 sowie bei der Europawahl 1994 war es noch genau umgekehrt. Insgesamt fallen in beiden Landesteilen deutliche Schwankungen auf, wobei die Bandbreite in Ost (1,3 Prozent bis 5,0 Prozent) und West (0,9 Prozent bis 4,4 Prozent) sehr ähnlich ist (vgl. Tabelle 5).

41 Die DVU war bereits 1987 in die Bremer Bürgerschaft eingezogen. Mit Ausnahme der Wahl 1991 schaffte es die Partei nur aufgrund ihrer guten Ergebnisse in Bremerhaven und der für Bremen und Bremerhaven getrennt geltenden Sperrklausel in die Bürgerschaft.

42 Eckhard Jesse, a.a.O. (Fn. 14), S. 110.

43 Markus Linden, Feindliche Übernahme im Niemandsland? Bestimmungsgründe der jüngsten NPD-Erfolge, in: Deutschland-Archiv, 40. Jg. (2007), H. 1, S. 20 – 28, S. 25.

Tabelle 5: Wahlergebnisse von Die Republikaner, DVU und NPD (in Prozent)

a) Bundestagswahlen (1990 bis 2013)			
Jahr	„früheres Bundesgebiet“	„neue Länder“ und Berlin-Ost	bundesweit
1990	2,6	1,6	2,4
1994	2,0	1,3	1,9
1998	2,8	5,0	3,3
2002	0,9	1,7	1,0
2005	1,7	4,2	2,2
2009	1,7	3,5	2,0
2013	1,2	2,9	1,5
Ø	1,8	2,9	2,0
b) Europawahlen (1990 bis 2014)			
Jahr	„früheres Bundesgebiet“	„neue Länder“ und Berlin-Ost	bundesweit
1994	4,4	3,3	4,1
1999	2,0	2,8	2,1
2004	2,4	4,4	2,8
2009	1,5	2,9	1,7
2014	1,0	3,3	1,4
Ø	2,3	3,3	2,4
c) Landtagswahlen (Durchschnitt für 1990 bis 2014)			
Ostdeutsche Länder		Westdeutsche Länder	
Brandenburg	3,4	Baden-Württemberg	6,2
Mecklenburg-Vorpommern	3,5	Bayern	3,2
Sachsen	4,1	Bremen	3,1
Sachsen-Anhalt	4,0	Hamburg	2,6
Thüringen	3,0	Hessen	1,8
		Niedersachsen	1,8
Berlin	1,8	Nordrhein-Westfalen	1,2
		Rheinland-Pfalz	2,7
		Saarland	2,2
		Schleswig-Holstein	2,7
Ø Ost (ohne Berlin)	3,6		
Ø Ost (mit Berlin)	3,3	Ø West	2,8
Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des Bundes- und der Landeswahlleiter.			

4. Volatilität: Wechselbereitschaft in Ost und West

Die Wähler im Osten, so wird häufig behauptet, seien wechselbereiter als die im Westen.⁴⁴ Das mag für einzelne Wahlen stimmen; so votierte beispielsweise bei der sachsen-anhaltischen Landtagswahl 2002 fast ein Drittel der Wähler (30,7 Prozent) für eine andere Partei

⁴⁴ Vgl. Oscar W. Gabriel, a.a.O. (Fn. 11), S. 158.

als vier Jahre zuvor. Ein ähnlich hoher Wert ist aber ebenso für die Hamburger Bürgerschaftswahl 2004 (29,0 Prozent) festzustellen. In der Hansestadt scheinen die Wähler sogar besonders wechselfreudig zu sein, denn bei der Hälfte der berücksichtigten Wahlen lag die Volatilität über 20 Prozent. Das trifft sonst nur jeweils auf eine Wahl in Brandenburg (1994: 21,5 Prozent), Sachsen (2004: 20,2 Prozent), Sachsen-Anhalt (2002: 30,7 Prozent) und Schleswig-Holstein (2009: 22,9 Prozent) sowie im Saarland (2009: 23,3 Prozent) zu (vgl. Tabelle A6 im Anhang); in allen Fällen mussten die bis dahin regierenden Parteien erhebliche Stimmenverluste verkraften. Die Einbußen lagen sechzehn Mal im zweistelligen Bereich. Neun Fälle gab es in den alten Ländern, sechs in den neuen Ländern und einen Fall in Berlin; im Osten kamen solche Situationen also vergleichsweise häufig vor. Allerdings liegt der Rekordwert des Untersuchungszeitraumes im Westen, denn die Hamburger CDU verlor 2011 20,7 Prozentpunkte.

Mit Blick auf die Durchschnittswerte aller Landtagswahlen wird deutlich, dass hinsichtlich der Volatilität nicht zwischen dem Osten als der Region mit sehr wechselbereiten Wählern einerseits und dem Westen mit „treuen“ Wählern andererseits differenziert werden kann. Die größten Unterschiede bestehen sogar innerhalb der alten Länder: Dort schwanken die Werte zwischen 8,4 Prozent für Rheinland-Pfalz und 17,1 Prozent für Hamburg, während die neuen Länder mit Ausnahme Sachsen-Anhalts (17,2 Prozent) als relativ homogene Gruppe irgendwo dazwischen liegen. Im langjährigen Mittel ist die Wechselbereitschaft in Ost (14,8 Prozent) und West (11,4 Prozent) ziemlich ähnlich. Dass sich der Westen, wie es gelegentlich dargestellt wird, an den Osten angleichen würde, lässt sich nicht bestätigen, denn die Volatilität entwickelt sich in keinem Bundesland geradlinig in eine Richtung; es sind vielmehr teilweise deutliche Schwankungen zwischen unmittelbar aufeinander folgenden Wahlen zu konstatieren (vgl. Tabelle 6 und Tabelle A6 im Anhang). Offenbar scheinen, so kann in Anlehnung an das obige Zitat von *Oscar W. Gabriel* konstatiert werden, die Wähler in Ost und West „unberechenbar“ zu sein und entscheiden situationsabhängig, welcher Partei sie ihre Stimme geben. Das bekam jüngst die FDP zu spüren, die nach Rekordergebnissen – in noch stärkerem Maße als Mitte der 1990er Jahre – in das „Tal der Tränen“⁴⁵ abstürzte.

Ebenso wenig wie für die Landesebene lässt sich die These von der höheren Volatilität in Ostdeutschland für die bundesweiten Wahlen bestätigen. Bei den Europawahlen sind mit Ausnahme von 2004 sogar die Westdeutschen – teilweise deutlich – wechselbereiter als die Ostdeutschen. Das trifft auch auf die Bundestagswahl 2009 zu, wobei es 2013 keinen signifikanten Unterschied gab. Für die Bundestagswahlen lässt sich im Gegensatz zu allen anderen Wahlen eine geradlinige Entwicklung feststellen, denn die Wechselbereitschaft der Westdeutschen nahm kontinuierlich zu und verdreifachte sich von 5,6 Prozent (1994) auf 15,5 Prozent (2013), während die Volatilität im Osten bis 2002 zurückging und dann wieder allmählich fast auf den Ausgangswert von 15,7 Prozent anstieg (vgl. Tabelle 6).

45 Jürgen Dittberner, *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven*, Wiesbaden 2005, S. 81.

Tabelle 6: Volatilität (in Prozent)

a) Bundestagswahlen (1994 bis 2013)			
Jahr	„früheres Bundesgebiet“	„neue Länder“ und Berlin-Ost	bundesweit
1994	5,6	15,9	7,1
1998	6,4	11,6	7,7
2002	6,5	10,7	6,5
2005	7,0	12,3	8,2
2009	13,7	12,4	12,7
2013	15,5	15,7	15,6
Ø	9,1	13,1	9,6
b) Europawahlen (1999 bis 2014)			
Jahr	„früheres Bundesgebiet“	„neue Länder“ und Berlin-Ost	bundesweit
1999	11,1	10,1	11,0
2004	13,4	14,4	13,9
2009	8,2	5,7	7,5
2014	12,6	9,7	11,7
Ø	11,3	10,0	11,0
c) Landtagswahlen (Durchschnitt für 1990/1994 bis 2014)			
Ostdeutsche Länder		Westdeutsche Länder	
Brandenburg	16,8	Baden-Württemberg	11,8
Mecklenburg-Vorpommern	12,0	Bayern	9,1
Sachsen	12,4	Bremen	14,0
Sachsen-Anhalt	17,2	Hamburg	17,1
Thüringen	15,6	Hessen	10,2
		Niedersachsen	8,9
Berlin	15,1	Nordrhein-Westfalen	8,9
		Rheinland-Pfalz	8,4
		Saarland	13,6
		Schleswig-Holstein	11,9
Ø Ost (ohne Berlin)	14,8		
Ø Ost (mit Berlin)	14,9	Ø West	11,4
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Pederson-Index.			

5. Fazit: regionale Differenzen, aber nicht Ost versus West

Mit Blick auf alle untersuchten Parameter sind regionale Differenzen klar erkennbar, jedoch ohne dass pauschal zwischen „dem Osten“ und „dem Westen“ unterschieden werden kann.

(1) Bei der Wahlbeteiligung ergibt sich kein einheitliches Bild. Während an den Europawahlen überraschenderweise die Ostdeutschen häufiger teilnahmen als die Westdeutschen, liegt bei Bundestags- und Landtagswahlen das langjährige Mittel der Partizipationsquote im Osten vier beziehungsweise fünf Prozentpunkte unter der im Westen. Dabei gibt es regionale Differenzen: So befindet sich Mecklenburg-Vorpommern – nicht zuletzt wegen der

drei Landtagswahlen, die am Tag einer Bundestagswahl stattfanden – über dem Durchschnitt des Westens, und manche alte Länder befinden sich eher im Umfeld neuer Länder als im Bereich anderer alter Länder. Die häufig vertretene These, dass die Ostdeutschen generell seltener als die Westdeutschen wählen würden, lässt sich also keinesfalls bestätigen. Allerdings sprechen die traurigen Negativrekorde bei einigen ostdeutschen Landtagswahlen dafür, dass die Bürger in den neuen Ländern offenbar besonders intensiv mobilisiert werden müssen, damit sie an die Wahlurnen gehen.

(2) Hinsichtlich der Ergebnisse der einzelnen Parteien kann konstatiert werden, dass CDU beziehungsweise CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen im langjährigen Durchschnitt wesentlich häufiger in den alten als in den neuen Ländern gewählt werden; dies trifft in den letzten Jahren verstärkt auch für die beiden großen Volksparteien zu. Dabei darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass CDU beziehungsweise SPD bei den ostdeutschen Landtagswahlen häufiger als bei denen im Westen die absolute Stimmenmehrheit erreichten, so dass eine Alleinregierung einer der beiden Volksparteien möglich war. Mit dem richtigen Personal wie *Kurt Biedenkopf*, *Bernhard Vogel* und *Manfred Stolpe* konnten Christdemokraten und Sozialdemokraten auch im Osten weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen. Gleiches gilt für Die Linke im Westen, die im Saarland dank *Oskar Lafontaine* sonst nur aus dem Osten bekannte Resultate verbuchen konnte. Dies stellt aber eine Ausnahme dar, denn insgesamt ist es Die Linke beziehungsweise war es früher die PDS, an der die Unterschiede zwischen Ost und West am deutlichsten werden. Während die Linkssozialisten in einigen neuen Ländern und Berlin mitregier(t)en und nunmehr in Thüringen sogar einen Ministerpräsidenten stellen, scheiterten sie in den alten Ländern häufig an der Fünf-Prozent-Sperrklausel. Im Gegensatz zur Linken sind die Differenzen zwischen Ost und West bei den Parteien des rechtsextremen Spektrums erheblich geringer, so dass die These, die Ostdeutschen würden häufiger als die Westdeutschen die Rechten wählen, in der Langzeitperspektive nicht in der Pauschalität, mit der dieser Standpunkt gelegentlich vertreten wird, bestätigt werden kann. Den Republikanern, der DVU und der NPD gelang im Untersuchungszeitraum sowohl im Osten als auch im Westen der (Wieder-)Einzug in einzelne Landesparlamente. Das sollte unbedingt berücksichtigt werden, bevor die neuen Länder als alleinige Hochburg der Rechtsextremen dargestellt werden.

(3) Genauso differenziert sollte die Volatilität der Wähler betrachtet werden, denn die Ostdeutschen sind nicht per se wechselbereiter als die Westdeutschen. Hinsichtlich dieses Parameters konnten sowohl regionale Differenzen als auch Unterschiede zwischen den einzelnen Wählaren herausgearbeitet werden. Bei den Europawahlen neigen im langfristigen Mittel sogar die Westdeutschen häufiger als die Ostdeutschen dazu, ihre Stimme einer anderen Partei als beim letzten Mal zu geben. Auf Landesebene sind die Hamburger, die Bremer und die Saarländer wechselbereiter als die Sachsen und die Einwohner von Mecklenburg-Vorpommern; und in Baden-Württemberg wie in Schleswig-Holstein fällt die Volatilität auch nur etwas geringer aus. Es ist also keineswegs so, dass die Ostdeutschen häufiger als die Westdeutschen ihr Abstimmungsverhalten ändern würden. Hier sind tendenziell sogar „westdeutsche Annäherungen“⁴⁶ zu beobachten, wie *Eckhard Jesse* bereits 2011 berichtete.

Um die zu beobachtenden Unterschiede und Gemeinsamkeiten erklären zu können, kommen grundsätzlich mehrere Faktoren in Frage. Auf diese soll hier aber nur kurz hinge-

46 *Eckhard Jesse*, a.a.O. (Fn. 14), S. 99.

wiesen werden; für genauere Analysen ist die Durchführung entsprechender Studien wünschenswert. Dabei könnten insbesondere die folgenden Punkte im Fokus stehen:

- **Parteiidentifikation:** Eine nicht vorhandene beziehungsweise immer geringer werdende Bindung der Bürger an eine Partei dürfte zum einen die Teilnahme oder eben die Nicht-Teilnahme an einer Wahl und zum anderen die Wechselbereitschaft determinieren. Das lässt zumindest die Entwicklung dieser Parameter in Ost und West seit 1990 vermuten, denn ein Zusammenhang zwischen rückläufiger Parteiidentifikation und steigender Volatilität erscheint insbesondere mit Blick auf die alten Länder nicht unwahrscheinlich.
- **Kandidaten:** Im Gegensatz zur Parteiidentifikation wird in der Forschung den Kandidaten ein größer werdender Einfluss auf die Wahlentscheidung eingeräumt. Dafür spricht, dass CDU beziehungsweise SPD mit populären Personen, die durchaus dem Typus des „Landesvaters“ entsprechen, in beiden Landesteilen – aber insbesondere im Osten – die absolute Mehrheit der Stimmen erreichen konnten; in diesem Zusammenhang seien *Oskar Lafontaine* (Saarland) und *Manfred Stolpe* (Brandenburg) für die SPD sowie *Kurt Biedenkopf* (Sachsen) und *Bernhard Vogel* (Thüringen) für die CDU genannt.
- **Politische Tradition:** Das Wahlverhalten dürfte auch durch die politische Kultur beziehungsweise Tradition des jeweiligen Landes beeinflusst werden; das ist vor allem hinsichtlich des Stammwählerpotenzials der kleinen Parteien naheliegend: Während die FDP in ihrer traditionellen Hochburg Baden-Württemberg sogar 2011, also in einer für sie schwierigen Zeit, (knapp) den Wiedereinzug in den Landtag schaffte, scheiterte die Partei in Bayern selbst in ruhigeren Zeiten (zum Beispiel 2003) an der Fünf-Prozent-Hürde. Ähnliches ist für Die Linke beziehungsweise ihre Vorgängerorganisationen im Osten plausibel; die Linksozialisten waren seit 1990 in allen ostdeutschen Landtagen vertreten, während ihnen das im Westen hauptsächlich nur in der Hochphase nach der Gründung der Linken (2007) gelang. Am Beispiel der Linken wird auch deutlich, wie eine zusätzliche politische Kraft die Wahlergebnisse beeinflussen kann, denn mit der PDS beziehungsweise Linken hatten die anderen Parteien in Ostdeutschland eine ernstzunehmende Konkurrentin, mit der es um Wählerstimmen zu kämpfen galt; das betrifft vor allem SPD und Bündnis 90/Die Grünen als Mitte-Links-Parteien.

Es gibt also weder „den Osten“ noch „den Westen“ als in sich homogenes Gebilde. Vielmehr existieren regionale Unterschiede; diese bestehen aber in Abhängigkeit des betrachteten Parameters zwischen neuen und alten Ländern sowie innerhalb einer der beiden Landesteile. Es wäre auch keine nachvollziehbare Annahme, dass die verschiedenen Regionen eines Landes ein ähnliches Wahlverhalten aufweisen müssen. Regionale Differenzen sind nämlich kein alleiniges Phänomen von Deutschland als ehemals geteiltes Land, sondern in Ländern unterschiedlicher Größe zu beobachten. Dies zeigt sich beispielsweise in den USA mit demokratisch und republikanisch geprägten Staaten und in Österreich mit traditionell „roten“ Bundesländern wie dem Burgenland, Kärnten und Wien sowie traditionell „schwarzen“ Bundesländern wie Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg. Im Gegensatz zu diesen Ländern wirken in Deutschland, wie zuletzt anlässlich der Bildung der ersten Landesregierung unter Führung eines linken Ministerpräsidenten deutlich wurde, manche Debatten über das unterschiedliche Wahlverhalten politisch beziehungsweise historisch etwas zugespitzt. Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung sollte allerdings nicht mehr pauschalisierend zwischen „dem Osten“ und „dem Westen“ differenziert werden.

Tabelle A1: Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen (1990 bis 2014; in Prozent)																
Jahr	BAW	BAY	BER	BRA	BRE	HAM	HES	MVP	NDS	NRW	RLP	SAA	SAC	SAT	SWH	THÜ
1990		65,9	80,8*	67,1	72,2	66,1	70,8	64,7	74,6	71,8	73,9	83,2	72,8	65,1		71,7
1991															71,7	
1992	70,1															
1993						69,6										
1994		67,8		56,3	68,6			72,9*	73,8	64,0		83,5*	58,4	54,8		74,8*
1995			68,6				66,3								71,8	
1996	67,6										70,8					
1997						68,7										
1998		69,8						79,4*	73,8			68,7	61,1	71,5		59,9
1999			65,9	54,3	60,1		66,4			56,7					69,5	
2000											62,1			56,5		
2001	62,6		68,2			71,0										
2002								70,6*	67,0							
2003		57,1			61,3		64,6					55,5	59,6			53,8*
2004				56,4		68,7				63,0				44,4	66,5	
2005			58,0					59,1			58,2					
2006	53,4															
2007					57,5											
2008						63,5	64,3		57,1							
2009		57,9		67,0			61,0			59,3		67,6	52,2		73,5*	56,2
2010																
2011	66,3		60,2		55,5	57,3		51,5		59,6	61,8			51,2	60,2	
2012																
2013		63,9					73,2*		59,4							
2014				47,9									49,2			52,7
Ø	64,0	63,7	67,0	58,2	62,5	66,4	66,7	66,4	67,6	62,4	65,4	70,0	58,9	57,3	68,9	61,5
Anmerkung: * Mit einem Sternchen sind Wahlen zeitgleich zu Bundestags- oder Europawahlen markiert. Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Landeswahlleiter.																

Tabelle A2: Saldierete Landtagswahlergebnisse von CDU/CSU und SPD (1990 bis 2014; in Prozent)

Jahr	BAW	BAY	BER	BRA	BRE	HAM	HES	MVP	NDS	NRW	RLP	SAA	SAC	SAT	SWH	THÜ
1990		80,9	70,8	67,2	69,5	83,1	81,0	65,3	86,2	86,7	83,5	87,8	72,9	65,0		68,2
1991															80,0	
1992	69,0															
1993						65,4										
1994		82,8		72,8					80,7			88,0	74,7	68,4		72,2
1995			61,0		66,0		77,2	67,2		83,7	78,5				77,0	
1996	66,4															
1997						66,9										
1998		81,6						64,5	83,8			89,8	67,6	57,9		69,5
1999			63,2	65,8	79,7		82,8			79,8	80,0				78,3	
2000						62,7								57,3		
2001	78,1		53,5													
2002		80,3			72,1		77,9	72,0	81,7							57,5
2003																
2004				51,3		77,7				81,9	78,4	78,3	50,9		78,9	
2005	69,4		52,1					59,0						57,6		
2006																
2007					62,3											
2008		62,0				76,7	73,5		72,8							
2009				52,8			60,9			69,1		59,0	50,6		56,9	49,7
2010																
2011	62,1		51,6		59,0	70,3		58,6			70,9			54,0		
2012																
2013		68,3					69,0		68,6	65,4		65,8			61,2	
2014				54,9									51,8			45,9
Ø	69,0	76,0	58,7	60,9	68,1	71,8	74,6	64,4	79,0	77,8	78,3	78,1	61,4	60,0	72,1	60,5

Anmerkung: Aufgrund von statistischen Rundungen kann es zu geringfügigen Differenzen zwischen den Angaben in dieser Tabelle und in den Referenztabellen im Text kommen.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Landeswahlleiter.

Tabelle A3: Saldierte Landtagswahlsergebnisse von FDP und Bündnis 90/Die Grünen beziehungsweise Vorgängerparteien (1990 bis 2014; in Prozent)															THÜ	
Jahr	BAW	BAY	BER	BRA	BRE	HAM	HES	MVP	NDS	NRW	RLP	SAA	SAC	SAT	SWH	THÜ
1990		11,6	16,4	15,9	20,9	12,6	16,2	11,9	11,5	10,8	13,4	8,2	10,9	18,8		15,8
1991	15,4														10,6	
1992																
1993						17,7										
1994		8,9	15,7	5,1	16,5		18,6	7,5	11,8	14,0	15,8	7,6	5,8	8,7		7,7
1995	21,7														13,8	
1996																
1997		7,4				17,4		4,3	11,9	16,9	13,0	5,8	3,7	7,4	13,8	3,0
1998			12,1	3,8	11,4		12,3									
1999			19,0			13,7		7,3	15,7					15,3		
2000	15,8															
2001		10,3		7,2	17,0	15,1	18,0	13,0				10,8	11,0			8,1
2002																
2003																
2004																
2005																
2006	22,4		20,7					13,0						10,3		
2007					22,5											
2008		17,4		12,9		14,4	16,9		16,2							
2009							29,9									
2010																
2011	29,5		19,4		24,9	17,9	16,1	11,5	23,6	18,8	19,6	15,1	16,4	10,9	27,3	13,8
2012															21,4	
2013		11,9														
2014				7,7												
Ø	21,0	11,3	17,2	8,7	18,9	15,5	18,3	9,3	15,1	15,5	14,9	9,0	9,6	11,9	16,6	8,2
																9,4

Anmerkung: Aufgrund von statistischen Rundungen kann es zu geringfügigen Differenzen zwischen den Angaben in dieser Tabelle und in den Referenztabellen im Text kommen.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Landeswahlleiter.

Tabelle A4: Landtagswahlsergebnisse der PDS, Linkspartei beziehungsweise Die Linke (1990 bis 2014; in Prozent)

Jahr	BAW	BAY	BER	BRA	BRE	HAM	HES	MVP	NDS	NRW	RLP	SAA	SAC	SAT	SWH	THÜ
1990		n.a.	9,2	13,4	n.a.	0,5	n.a.	15,7	W.v.W.	W.v.W.	n.a.	W.v.W.	10,2	12,0	n.a.	9,7
1991																
1992	n.a.															
1993		n.a.	14,6	18,7	2,4	n.a.	n.a.	22,7	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	16,5	19,9	n.a.	16,6
1994																
1995																
1996	n.a.															
1997		n.a.				0,7	n.a.	24,4	n.a.	1,1	n.a.	0,8	22,2	19,6	n.a.	21,3
1998			17,7	23,3	2,9		n.a.									
1999																
2000			22,6			0,4		16,4	0,5			2,3	23,6	20,4	1,4	
2001	n.a.															
2002																
2003		n.a.		28,0	1,7	n.a.	n.a.	16,8		0,9	n.a.			24,1	0,8	26,1
2004			13,4													
2005																
2006	n.a.															
2007		4,4			8,4				7,1			21,3	20,6		6,0	27,4
2008						6,4	5,1			5,6						
2009							5,4									
2010				27,2		6,4		18,4			3,0			23,7	2,3	
2011	2,8		11,7		5,6				3,1	2,5		16,1				
2012																
2013		2,1					5,2									
2014				18,6									18,9			28,2
Ø	0,6	1,1	14,9	21,5	3,5	2,1	2,2	19,1	2,1	2,0	0,6	8,1	18,7	20,0	1,8	21,6

Anmerkungen: n.a. = nicht angetreten; W.v.W. = Wahl vor der Wiedervereinigung.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Landeswahlleiter.

Tabelle A5: Saldierte Landtagswahlresultate von Die Republikaner, DVU und NPD (1990 bis 2014; in Prozent)																										
Jahr	BAW	BAY	BER	BRA	BRE	HAM	HES	MVP	NDS	NRW	RLP	SAA	SAC	SAT	SWH	THÜ										
1990	11,8	4,9	3,1	1,1	6,2	1,2	1,7	1,1	1,7	1,8	2,0	3,6	0,7	0,7	7,5	0,8										
1991																										
1992																										
1993							7,6																			
1994	9,1	4,0	2,6	1,1	2,5	6,8	2,0	1,1	3,7	0,8	3,9	1,4	1,3	1,4	4,3	1,3										
1995																										
1996																										
1997																										
1998	4,6	3,8	2,7	5,3	3,0	0,8	2,7	4,5	2,8	1,1	2,9	1,3	2,9	13,6	1,0	3,9										
1999																										
2000																										
2001				1,3																						
2002	3,2	2,2	0,9	6,1	2,3	0,3	1,3	1,1	0,4	1,7	2,9	4,0	9,2	3,5	1,9	3,6										
2003																										
2004																										
2005																										
2006	2,1	2,6	n.a.	3,9	2,7	0,8	1,9	7,3	1,5	1,0	1,9	1,5	5,8	4,6	0,9	4,7										
2007																										
2008																										
2009																										
2010	6,2	3,2	1,8	3,4	3,1	2,6	1,8	6,1	0,8	1,2	2,7	2,2	4,1	4,0	2,7	3,8										
2011									0,9	1,4							0,8	0,5	4,9	3,0	3,6					
2012																										
2013																										
2014				2,4					0,8																	
Ø								3,5	1,8	1,2	2,7	2,2	4,1	4,0	2,7	3,0										
Anmerkung: n.a. = nicht angetreten. Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben der Landeswahlleiter.																										

Tabelle A6: Volatilität bei Landtagswahlen (1990 bis 2014; in Prozent)																
Jahr	BAW	BAY	BER	BRA	BRE	HAM	HES	MVP	NDS	NRW	RLP	SAA	SAC	SAT	SWH	THÜ
1990		4,5	1. Wahl	1. Wahl	13,0	6,5	4,9	1. Wahl	4,0	2,4	8,6	8,9	1. Wahl	1. Wahl		1. Wahl
1991															10,9	
1992	13,5															
1993						18,9										
1994		5,8		21,5	16,7		2,7	9,6	7,4	6,8		10,9	11,9	16,7		15,3
1995			19,0												9,5	
1996	8,2										5,0					
1997		3,9				9,7		11,2	4,1					15,4		
1998			6,6	17,7	14,7		6,5			7,2		8,2	9,4		9,2	17,1
1999																
2000			19,9			21,3		11,4			7,5			30,7		
2001	11,9								16,8							
2002		11,1		14,6	12,0	29,0	11,8	13,4		10,8		15,5	20,2	12,2	5,7	15,6
2003																
2004																
2005			14,3								4,7					
2006	10,7															
2007					14,4											
2008		19,2		12,0		12,8	15,1	9,4								
2009							16,2									
2010																
2011	14,9		15,5		13,0	21,6		14,3		13,3	16,0	23,3	8,6	11,0	22,9	15,2
2012																
2013		9,8					14,3		11,9	12,7		14,6			12,9	
2014				18,4									11,7			14,8
Ø	11,8	9,1	15,1	16,8	14,0	17,1	10,2	12,0	8,9	8,9	8,4	13,6	12,4	17,2	11,9	15,6
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Pederson-Index.																